

Trotz Kritik FATCA-Abkommen mit den USA von einer grossen Landtagsmehrheit abgesegnet

VADUZ Für US-Bürger ist das Bankgeheimnis in Liechtenstein bald Geschichte. Nachdem die Regierung bereits am 16. Mai mit den USA ein Abkommen zum automatischen Steuerinformationsaustausch (FATCA) nach dem Modell 1 sowie ein Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet hat, hat am Mittwoch auch der Landtag grünes Licht für das Abkommen gegeben und die erste Lesung des entsprechenden Umsetzungsgesetzes absolviert.

Der Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) zielt darauf ab, dass sämtliche im Ausland gehaltenen Konten von US-Steuerpflichtigen in den USA tatsächlich besteuert werden. Nach dem Abkommen sind liechtensteinische Finanzinstitute in Zukunft verpflichtet, Informationen über Konten von US-Personen an die Steuerverwaltung zu melden. Diese

Informationen werden von der Steuerverwaltung anschliessend an die US-Steuerbehörde (IRS) weitergeleitet. Das auf Basis des FATCA-Abkommens ausgearbeitete FATCA-Umsetzungsgesetz regelt insbesondere die Pflichten liechtensteinischer Finanzinstitute (vor allem die Registrierungspflicht, die FATCA-Sorgfaltspflichten und die Meldepflichten), die Weiterleitung der Informationen durch die Steuerverwaltung, die anwendbaren Verfahren samt Auskunftspflichten und der Kontrolle sowie die Strafen gegen Widerhandlungen.

US-Druck kritisiert

Während der Bankenverband das FATCA-Abkommen als wichtigen Meilenstein in der Steuerstrategie des Landes begrüsst hatte, weil damit Rechtssicherheit im Umgang mit

US-Kunden geschaffen werde und zudem für Liechtenstein der Zugang zum US-Kapitalmarkt gesichert bleibe, stiess vor allem der grosse Druck, mit dem die USA das steuerliche Informationsabkommen in Europa, der Schweiz und nun auch in Liechtenstein umsetzen wollen, auf heftige Kritik im Landtag.

DU-Abgeordneter Pio Schurti sprach von einem auch in den USA teilweise umstrittenen «Kolonialvertrag», VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser sprach von der berühmten «Kröte», die geschluckt werden müsse. In einem Punkt mussten die kritischen Votanten Regierungschef Adrian Hasler schliesslich zustimmen: Die Alternative zu FACTA wäre eine 30-prozentige Quellensteuer, die die Finanzinstitute ansonsten an die USA abzuliefern hätten. Auch von Nicht-US-Kunden. (jm)